

# WARUM SPRINGT DIE WIRTSCHAFT NICHT AN?

**Trotz Milliardenhilfen performt die österreichische Wirtschaft im internationalen Vergleich schwach. Der Börsianer hat bei den heimischen Parlamenten nachgefragt, warum das so ist und wie man auf Kurs kommt.**

TEXT ANTONIA HOTTER

Österreich ist Spitzenreiter bei Corona-Hilfen: 33,5 Milliarden Euro hat der Staat Unternehmen fix zugesagt. Das entspricht rund neun Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung. Damit liegt Österreich weit über dem EU-Schnitt von vier Prozent, doch die Hilfen zeigen nicht die erwünschte Wirkung: Im letzten Quartal 2020 ist die Wirtschaft in Österreich um 6,6 Prozent zum Vorjahresquartal geschrumpft. SPÖ, FPÖ und Neos führen das auf lange Lockdowns, fehlende Planbarkeit für Unternehmen und bürokratische Hürden bei Förderungen zurück, während die Grünen die Bedeutung des Tourismus betonen. Die ÖVP hat die Anfrage des Börsianer nicht beantwortet. Kontrovers sehen die Parteien die ausgesetzte Insolvenzantragspflicht: SPÖ und Grüne vertrauen auf eine Marktberreinigung, wenn die Hilfen auslaufen. Indessen befürchten FPÖ und Neos, dass nach Wiedereinführung der Insolvenzantragspflicht auch „gesunde“ Unternehmen verschwinden könnten. Einig sind sich die Oppositionsparteien, wenn es um die Covid-19-Finanzierungsagentur (Cofag) geht: Sie bemängeln fehlende Transparenz und fordern parlamentarische Kontrolle.



Christoph Matznetter  
Wirtschaftssprecher  
SPÖ

**Die Milliardenhilfen zeigen nicht die erwünschte Wirkung: Im letzten Quartal 2020 ist die Wirtschaft in Österreich achtmal so stark geschrumpft wie im EU-Schnitt. Woran liegt das?** – Ein großes Problem ist, dass Hilfgelder in Milliardenhöhe beschlossen werden, aber bei den Betroffenen nicht oder viel zu spät ankommen. Das führt zu enormer Unsicherheit. Außerdem ist es schwierig, in dem aktuellen Förderungsdschungel den Überblick zu behalten. Kurz gesagt: Die Gelder wurden zwar für Wirtschaftshilfen reserviert, kommen aber aufgrund der Ausgestaltung nicht dort an, wo sie gebraucht werden.

**Innovationen sind wichtig für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Bekannte Ökonomen wie Gabriel Felbermayr weisen darauf hin, dass dafür Ressourcen freigemacht werden müssen. Sehen Sie die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht problematisch?** – Freimachung von Ressourcen für F&E ist dringend erforderlich, weil wir im Kampf gegen die Klimakrise weitere technologische Fortschritte brauchen. Was die „Zombieunternehmen“ betrifft: Wenn Stundungen und Hilfen wegen der Pandemie zu Ende gehen, wird die Marktberreinigung ohnehin erfolgen. Nicht abschätzen kann man, ob durch die Verzögerung der Insolvenzsachen angewachsen ist – möglich wäre das aber.

**Wenn so viele Milliarden Euro an Steuergeld im Spiel sind: Sollte offengelegt werden, welches Unternehmen wie viel Geld bekommt?** – Auf jeden Fall braucht es hier parlamentarische Kontrolle! Die Covid-19-Finanzierungsagentur des Bundes, kurz Cofag, verwaltet 15 Milliarden an Steuergeldern. Wir beobachten nur, wie diese Steuergelder in die Cofag hineinfließen. Auf der anderen Seite erreichen uns unzählige Nachrichten von Unternehmerinnen und Unternehmern, die verzweifelt auf die Fördergelder der Cofag warten. Was wirklich mit diesen Geldern passiert, wissen wir nicht.

**Welche konkreten Ideen braucht es jetzt, damit Österreich den wirtschaftlichen Aufschwung schafft?** – Einerseits muss sichergestellt werden, dass die Unternehmen die Hilfgelder endlich in vollem Umfang bekommen und wichtige offene juristische Fragen, wie die der Geschäftsraumtimen in Lockdown-Zeiten, geklärt werden. Andererseits wird es Beschäftigungsprogramme wie die von der SPÖ vorgeschlagene Aktion 40.000 brauchen.



Erwin Angerer  
Wirtschaftssprecher  
FPÖ

**Die Milliardenhilfen zeigen nicht die erwünschte Wirkung: Im letzten Quartal 2020 ist die Wirtschaft in Österreich achtmal so stark geschrumpft wie im EU-Schnitt. Woran liegt das?** – ÖVP und Grüne haben zwar versprochen, „schnell und unbürokratisch“ zu helfen, in Wahrheit sind die Hilfspakete, wenn überhaupt, alles andere als „schnell und unbürokratisch“ bei den Betroffenen angekommen. Neben bürokratischen Hürden hat man neue, völlig undurchsichtige und der parlamentarischen Kontrolle entzogene Konstrukte wie die Cofag aufgebaut, anstatt die Hilfspakete über das Finanzministerium abzuwickeln. Der andauernde Lockdown und die fehlende Planbarkeit für Betriebe haben den Rest beigetragen.

**Innovationen sind wichtig für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Bekannte Ökonomen wie Gabriel Felbermayr weisen darauf hin, dass dafür Ressourcen freigemacht werden müssen. Sehen Sie die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht problematisch?** – Durch die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, die Stundung von Steuern und Sozialabgaben und die Folgen des „Dauerlockdowns“ ist eine massive Pleitewelle zu befürchten, sobald die Unterstützungen auslaufen. Es kommt leider auch dazu, dass bereits angeschlagene Unternehmen durch Dumpingangebote gesunde Betriebe mit in den Abgrund reißen könnten.

**Wenn so viele Milliarden Euro an Steuergeld im Spiel sind: Sollte offengelegt werden, welches Unternehmen wie viel Geld bekommt?** – Die Intransparenz der Hilfszahlungen kritisieren wir schon lange. Die Cofag steht völlig außerhalb der parlamentarischen Kontrolle, verwaltet aber Milliarden Euro an Steuergeld. Ohne Offenlegung kann nicht ausgeschlossen werden, dass insbesondere große Unternehmen „überfordert“ werden, während andere Betriebe leer ausgehen.

**Welche konkreten Ideen braucht es jetzt, damit Österreich den wirtschaftlichen Aufschwung schafft?** – Jetzt braucht es Planbarkeit für die Betriebe. Sie müssen die Sicherheit haben, unter welchen Voraussetzungen geöffnet werden darf und sie dann auch offen bleiben können. Nur so können Unternehmen und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Zusätzlich sind staatliche Investitionen, Entbürokratisierung und Reformen, wie etwa die der Werbebeordnung, unbedingt notwendig.



**Elisabeth Götze**  
**Wirtschaftssprecherin**  
**Grüne**

**Die Milliardenhilfen zeigen nicht die erwünschte Wirkung: Im letzten Quartal 2020 ist die Wirtschaft in Österreich achtmal so stark geschrumpft wie im EU-Schnitt. Woran liegt das?** – Im Sommer 2020 entwickelte sich die Wirtschaft in Österreich sehr gut. Der Rückgang Ende des Jahres ist auf die große Bedeutung des Tourismus sowie auf den Lockdown zurückzuführen. Die Wirtschaftshilfen können einen Wirtschaftseinbruch nicht verhindern, sondern dienen der Überbrückung der Krise. Österreich war in dieser Hinsicht sehr erfolgreich, wir liegen durch die Hilfen hinsichtlich der Liquiditätsausstattung der Unternehmen im europäischen Spitzenfeld.

**Innovationen sind wichtig für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Bekannte Ökonomen wie Gabriel Felbermayr weisen darauf hin, dass dafür Ressourcen freigemacht werden müssen. Sehen Sie die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht problematisch?** – Neben der Wirtschaftskrise bekämpfen wir die Klimakrise – Innovationen in diesem Bereich stärken unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit! Wir setzen auf einen nachhaltigen Aufschwung unserer Wirtschaft, Klimaschutz wird zum Jobmotor, Österreich zum Vorreiter. Durch die Hilfsmaßnahmen war die Anzahl der Insolvenzen in Österreich sehr niedrig. Auf längere Sicht überlebensfähig sind nur jene Betriebe, die nachhaltig, klimaschonend wirtschaften – auf diesem Weg unterstützen wir sie.

**Wenn so viele Milliarden Euro an Steuergeld im Spiel sind: Sollte offengelegt werden, welches Unternehmen wie viel Geld bekommt?** – Transparenz ist uns ein großes Anliegen, und daher begrüßen wir die Veröffentlichung von Covid-19-Hilfen in der Transparenzdatenbank der EU. Dort werden alle Hilfen ab einer Höhe von 100.000 Euro veröffentlicht.

**Welche konkreten Ideen braucht es jetzt, damit Österreich den wirtschaftlichen Aufschwung schafft?** – Durch mehrere Maßnahmen, beispielsweise die Senkung der Einkommenssteuer, springt mit dem Lockdown-Ende der Konsum wieder an. Die Wirtschaft machen wir gleichzeitig klimaneutral und krisenfest, beispielsweise durch die Investitionsprämie speziell für ökologische und digitale Investitionen, die Sanierungsoffensive sowie den Green Deal für die Transformation der Industrie. Und wir arbeiten an unterstützenden Rahmenbedingungen für innovative Start-ups.



**Sepp Schellhorn**  
**Wirtschaftssprecher**  
**Neos**

**Die Milliardenhilfen zeigen nicht die erwünschte Wirkung: Im letzten Quartal 2020 ist die Wirtschaft in Österreich achtmal so stark geschrumpft wie im EU-Schnitt. Woran liegt das?** – Es wäre falsch, das nur am hohen Anteil des Tourismus in Österreich festzumachen. Die langen Lockdowns und der Zickzackkurs der Regierung ohne vernünftige Perspektiven haben der Wirtschaft massiv geschadet.

**Innovationen sind wichtig für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Bekannte Ökonomen wie Gabriel Felbermayr weisen darauf hin, dass dafür Ressourcen freigemacht werden müssen. Sehen Sie die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht problematisch?** – Diese Maßnahme war notwendig und daher auch richtig. Man darf sich aber nicht wie der Finanzminister blenden lassen. Die niedrigen Zahlen an Insolvenzen zeigen deutlich die konservierende Wirkung der Hilfen – das ist tatsächlich ein Problem. Es braucht nun rasch Reformen, sonst werden nach Wiedereinführung der Insolvenzantragspflicht nicht nur „Zombieunternehmen“ verschwinden, sondern auch an sich gesunde Unternehmen.

**Wenn so viele Milliarden Euro an Steuergeld im Spiel sind: Sollte offengelegt werden, welches Unternehmen wie viel Geld bekommt?** – Selbstverständlich, von Anfang an forderten wir das. In den Niederlanden kann man nachsehen, wohin jeder Euro geflossen ist, in Österreich gibt es nicht einmal ein Minimum an Transparenz. Man hat mit der Cofag sogar absichtlich eine privatrechtliche Konstruktion geschaffen und damit nicht nur jede öffentliche Nachvollziehbarkeit verhindert, sondern auch jeden Rechtsanspruch oder Rechtsmittel für Unternehmen unmöglich gemacht.

**Welche konkreten Ideen braucht es jetzt, damit Österreich den wirtschaftlichen Aufschwung schafft?** – Ziel muss die rasche Bewältigung der Gesundheitskrise sein, mit Möglichkeiten zum Aufsperrn. Viele der nötigen Reformschritte sind schon lang bekannt – es braucht jetzt Mut zur Umsetzung! Durch eine Entlastung des Faktors Arbeit können wir den Jobmotor anwerfen. Dazu können wir Unternehmen neue Kraft geben und ihre Widerstandsfähigkeit durch Stärkung des Eigenkapitals nachhaltig erhöhen. Durch ambitionierte Reformen im Bereich des Gesellschaftsrechts oder der Gewerbeordnung können wir für die nötige Flexibilität sorgen.